



Neu-köllnisch

Linkes Informations- und Diskussionsblatt

Udo Wolf:

George W. Bush in Berlin – eine kurze Bilanz

Die Aufregung war groß vor dem Besuch des Präsidenten. Wird Berlin, wird der rot-rote Senat ein guter Gastgeber sein, sind Demonstrationen gegen die Politik der US-Regierung legitim, darf die PDS, dürfen PDS-SenatorInnen am Protest teilnehmen, ist Protest gleich »anti-amerikanisch«, wird es Gewaltexzesse wie in Genua geben, ist die Sicherheit des Präsidenten in Berlin gewährleistet? Das Niveau der öffentlichen Auseinandersetzung in Berlin drohte ins Bodenlose zu fallen. Die »gute Gesellschaft« des alten Westberlin, wie immer im Spagat zwischen Provinz und Größenwahn, sorgte sich wortreich um das Ansehen der deutschen Hauptstadt in der Welt. Das machte auch die Berliner SPD nervös. Hätte der Staatsgast nicht neue Kriegsdrohungen gegen den Irak im Gepäck gehabt, sein gelassener Umgang mit den angekündigten Protesten hätte ihn im Vergleich zu CDU und BZ fast sympathisch erscheinen lassen.



Udo Wolf ist seit November 2001 Mitglied des Abgeordnetenhauses. Er arbeitet in den Ausschüssen Inneres, Sicherheit und Ordnung sowie für Stadtentwicklung und Umweltschutz. Wolf ist stellvertretender Landesvorsitzender der PDS.

Selbstverständlich war der rot-rote Senat ein vernünftiger Gastgeber, so wie es sich gehört. Ebenso selbstverständlich beteiligte sich die PDS am breiten Bündnis »Achse des Friedens« und rief zur Demonstration auf. Die drei Senatsmitglieder der PDS lösten ihren Rollenkonflikt zwischen Repräsentationspflichten der Landesregierung und ihrem friedenspolitischen Engagement, indem sie auf physische Teilnahme an Demonstrationen verzichteten, und gleichzeitig ihre Kritik an der Politik der US-Regierung bekräftigten. Die Erklärung von Senatorin Heidi Knake-Werner vor dem Abgeordnetenhaus zu diesem Thema lässt sich unter www.pds-berlin.de nachlesen.

Die Demonstrationen waren ein großer Erfolg und da sie – trotz der Versuche, Randalen quasi herbeizuschreiben – weitgehend gewaltfrei, ausgesprochen phantasievoll und kreativ verliefen, mussten auch in der Medienberichterstattung Vorurteile revidiert werden. Argumente und Inhalte kamen zu ihrem Recht. Wer will, kann sich mit ihnen auseinandersetzen.

Neubau mit zehnjähriger Verspätung

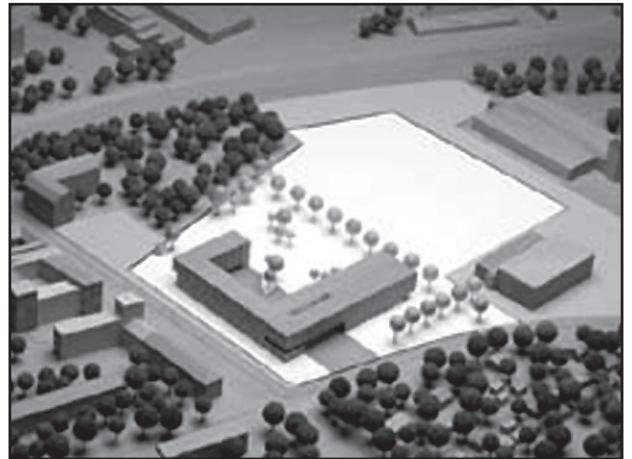
Ende des Container-Provisoriums der Otto-Hahn-Schule in Sicht

Den meisten Neuköllnern ist das bunte Gebäude an der Grenzallee/Haarlemer Straße noch in guter Erinnerung. Sicher, es war nicht wirklich schön, das 1974 eröffnete Bildungszentrum, aber es bot gleichzeitig Platz für die Otto-Hahn-Gesamtschule, für eine öffentliche Bibliothek mit sechzehn Angestellten und die Volkshochschule veranstaltete hier zudem in Spitzenzeiten bis zu 600 Kurse im Jahr und machte diese Einrichtung damit für mehr als 4200 Bürger jede Woche zur Lehrstätte. Doch schon nach vierzehn Jahren kam das Aus. Das »alte« Schulgebäude wurde in den 90er-Jahren abgerissen, damit Platz für einen Neubau entsteht. Baubeginn war für 1994 vorgesehen, dann für 1998 und als auch dieser Termin aus finanziellen und politischen Gründen verstrich, wollte man in diesem Jahr mit den Bauarbeiten beginnen.

Fast wäre sie wieder vergessen worden

Die ersten Jahre in den Containern scheinen für niemand der Beteiligten ein großes Problem dargestellt zu haben, dachte man doch, provisorisch heiße ja nicht für immer. Außerdem waren diese Notbehelfe nur für fünf bis zehn Jahre Nutzung ausgelegt. Sie haben sich aber als wesentlich widerstandsfähiger erwiesen und man darf vermuten, dass auch deshalb die Mittel für die Neuerrichtung eines Vollwertgebäudes immer wieder umgeleitet wurden. Nun gibt es aber die ersten ernsthaften Probleme im Schuldorf der Otto-Hahn-Schule: Das Dach eines der Container kann kein Wasser abhalten, sanitäre Anlagen entsprechen nicht mehr den zumutbaren Standards und auch sonst hält die Anlage den Belastungen kaum noch stand. Nach vierzehn Jahren provisorischer »Aufbewahrung« von mehr als 900 Schülern pro Schuljahr, bedarf es endlich ei-

ner endgültigen Lösung. Diese schien aber nach den Vorlagen der Senatsverwaltung für Finanzen zum Investitionsplan für die Jahre 2002 bis 2006 erneut in weite Ferne gerückt, denn die Otto-Hahn-Schule sollte einmal mehr



Modell des Neubaus der Otto-Hahn-Schule

ihren Sparbeitrag leisten. Der Bau wäre bis nach 2006 erneut verschoben worden. Das Flickwerk an den Containern hätte weiter nahezu die gesamten Mittel verschlungen, die für die Sanierung anderer Schulen nötig wären.

Passspiel zwischen Bezirk und Land

Die Entrüstung in der PDS Neuköllns war groß. Mit der Zählgemeinschaftsvereinbarung und dem bezirklichen Wahlprogramm 2001 stand man bei der Bevölkerung im Wort. Damit die Otto-Hahn-Schule endlich gebaut werden kann, suchte man das Gespräch mit Bildungsstadtrat Wolfgang Schimmang (SPD). Obwohl Schimmang dem Vorstoß wenig Erfolgchancen einräumte, intervenierten die PDS-Fraktionsmitglieder. Man schrieb an Stefan Liebich, Landesvorsitzender der PDS in Berlin, einen Brief. Liebich informierte den Senat, diskutierte, argumentierte und siehe da – die Mittel werden doch fließen. Ab 2004 wird gebaut und wir hoffen, dass die neue Einrichtung ein ähnlicher Erfolg wird, wie das Bildungszentrum von 1974.

Günter Noack

Bezirksamt will mehr Bürgerinformation

Bericht über die BVV am 24. April 2002

Nach den letzten anstrengenden Haushaltsdiskussionen konnten wir uns nun wieder anderen Themen zuwenden. Der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) lagen insgesamt 22 Mündliche und sechs Große Anfragen sowie mehrere Anträge vor.

Es ging, unter anderem, um freie Stellen in der Abteilung Jugend, mobile Bürgerberatungsstellen, Fußgängerampeln und um die neue Publikation des Bezirkes, die »Neuköllner Rathaus-Information«. Diese Zeitung erscheint einmal im Monat und wird über die Arbeit im und um das Rathaus berichten, so dass alle Neuköllner Bürger die Möglichkeit haben, sich umfassend zu informieren. Die Zeitung soll sich selbst finanzieren und wird nicht durch öffentliche Gelder subventioniert.

Gebühren für Rutsche

Michael Anker (PDS) fragte nach, ob es wahr sei, dass Kinder, die die Rutsche im Columbiabad nutzen möchten, dafür extra bezahlen müssen. Der angeschlossene Antrag, dass das Bezirksamt Neukölln Einspruch bei den Berliner Bäderbetrieben gegen diese Kosten erhebt, wurde einstimmig angenommen. Die derzeit hohen Eintrittskosten sind schon jetzt von vielen Familien nicht mehr zahlbar und dann noch diese Zusatzgebühr. Werden hier schon die Kinder in erster (rutschen), zweiter (nur Eintritt) und dritter Klasse (draußen bleiben) sortiert?

Frau-Mutter-Kind-Zentrum

Selten, aber doch möglich war ein gemeinsamer Antrag aller in der BVV vertretenen Fraktionen. Dieser forderte den unverzüglichen Baubeginn des lange geplanten »Frau-Mutter-Kind-Zentrums« im Vivantes-Klinikum Neukölln in der Rudower Straße. Der Zustand des derzeit genutzten Gebäudes wird immer problematischer. Desweiteren ist die eventuell notwendig werdende ärztliche Notfallversorgung der Neugeborenen nicht ausreichend gewähr-

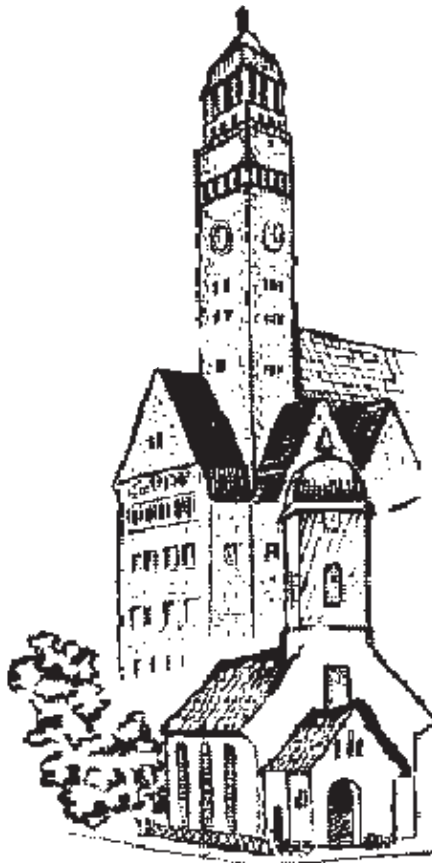
leistet. Der Baubeginn ist ab 2004 geplant und das ist entschieden zu spät!

Flughafen Tempelhof

Die Einigkeit brach aber schnell wieder, denn die Zählgemeinschaft forderte, dass der Flughafen Tempelhof schnellstens geschlossen wird und Leichtflugzeuge ein sofortiges Lande- und Startverbot erhalten.

Trotz Aufzeigen der Gefahren, die von Flugzeugen über diesem dichtbesiedelten Gebiet, insbesondere von kleinen Flugzeugen, ausgehen (siehe Flugzeugabsturz in Neukölln am Himmelfahrtstag im vorigen Jahr), stimmte die CDU und die FDP gegen die Schließung des

Flughafen. In der letzten Legislaturperiode dagegen waren von ihnen ganz andere Töne zu hören, da hatten sie noch Visionen von einem großen Gewerbe- und Erholungspark, aber die Zeit läßt vieles vergessen.



Kinder- und Jugendparlament

Ein weiterer Antrag der besprochen wurde, kam von der Fraktion der Grünen. Sie forderten die Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlamentes in Neukölln. Ein meiner Meinung nach gu-

ter Ansatz zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei der Lösung ihrer eigenen Probleme sowie zur Erhöhung des Mitspracherechtes. Dieser Antrag wurde, nach Debatte, in den Jugendhilfeausschuss zur weiteren Beratung verwiesen. Ich hoffe nur, dass das unterstützenswerte Anliegen nicht weiter zeredet wird und dass auch die Kinder und Jugendlichen im Ausschuss zu Worte kommen.

Protest gegen Fernsehen

Einigkeit gab es dann wiederum bei dem Protest bezüglich der Vorgehensweise eines Kamera-Teams vom ZDF, das über die Jugend-

riminalität Neuköllner Jugendliche berichten wollte. Da sie aber keine randalierenden Jugendbanden fanden, inszenierten sie sich ihre Show mit bezirksfremden Jugendlichen selbst. Diese wurden zu einer Schlägerei vor einer Neuköllner Schule angestiftet. Die BVV protestierte gegen eine solche Vorgehensweise, die das öffentliche Bild von Neukölln verfälscht darstellt. Das Rechtsamt wurde aufgefordert zu prüfen, ob dieser Sachverhalt eine Anzeige rechtfertigt.

Bürgerfragestunde

Am 3. Juli findet erstmals vor der BVV eine Bürgerfragestunde statt. Hier haben alle Neuköllner das Recht, Fragen an das Bezirksamt und an die die Bezirksverordneten zu stellen. Interessierte Bürger sollten sich bis spätestens Montag, den 24. Juni, an das BVV-Büro im Rathaus wenden.

BVV-Rundfahrt

Zur Juni BVV fahren die Verordneten per Bus durch den Bezirk. Es werden wichtige Orte und Bauvorhaben besichtigt, sowie den neuen Mitgliedern der BVV die Entwicklung des Bezirkes und die Schwerpunktvorhaben aufgezeigt.

Sylvia Stelz
Fraktionsvorsitzende

Anträge - was wurde daraus?

Schlussberichte des Bezirksamtes auf der BVV vom 29. Mai 2002

PDS: Übergang für Blinde (Dezember 2000)

Das Bezirksamt hat den Fußgängerübergang in der Karl-Marx-Straße vor dem Rathaus Neukölln im Zusammenhang mit der Erneuerung der Lichtzeichenanlage im März 2002 behinderten gerecht umgebaut. Dabei hat das Tiefbauamt die Bordsteine beidseitig abgesenkt, geriffelte Gehwegplatten für Sehbehinderte eingebaut und das Fußgängerschutzgitter um 50cm verlängert.

Grüne: Öffnung der Bendastraße für Radfahrer in beiden Richtungen (März 2001)

Die Straßenverkehrsbehörde hat dem Antrag entsprochen. Die Maßnahme wurde noch im Dezember 2001 vom Tiefbauamt umgesetzt.

CDU: Hundenauslaufgebiet (Mai 2001)

Das Bezirksamt hat rund 16.000 Quadratmeter der BVG-Vorhaltefläche in der Gutschmidtstraße zur Nutzung als Hundenauslauf, -spiel, -übungs und -freizeitgebiet einschließlich gewerblicher Angebote für Besucher und Nutzer vermietet. Das Mietverhältnis begann am 1. April 2002

Bu secimler geleceğimiz dir !

Evrin Baba & Berlin Parlamentosu üyesi ve PDS Neukölln Ilce Baskani

Sevgilli Neukölln lüleri; hepinize merhaba ! Berlinliler „borclu” ve “suclu” bir hükümeti istemedi. PDS-SPD Hükümeti ile sehrimizde yeni bir “siyasi sayfa” acildi. Simdi sira Federal yönetimde.

22 Eylül 'de yapılacak secimler bizim icin tarihi bir öneme sahip.

Cünkü bu ülkede hala bir çok “sag kafa”, issizligin , sosyal sorunlarin kaynagi olarak, göçmenleri görüyor. Ve Avrupa 'da simdi, “neo – fasitlerin ayak sesleri” duyuluyor. Yakın zamanda Fransa ve Hollanda 'da irkci adaylarin secim basari lari Federal Almanya 'da ayni düşüncede olanlara cesaret verdi.

Federal secimler, Avrupa 'da göçmenlerin aleyhine esen rüzgari durdurmak icin iyi bir fırsat.

Bunun icin de bizlerin önemüdeki secimlere daha fazla ilgi duymaliyiz her seyden önce de, dogru partileri secmemiz gerekir.

Demokratik Sosyalizm Partisi PDS, sahip oldugu program ve dünya görüşüyle, göçmenleri en iyi sahiplenen parti.

Almanya bizim de Ülkemiz!

PDS, öncelikle seyden önce her cesit irkçilik ve ayrimciliga karsi mücadele ediyor. Eyalet secimlerinde, “Berlin herkes icin !” dedik. Simdi diyorum ki; Federal Almanya Cumhuriyeti burda yasayan herkesin ülkesidir. Göçmenler, liticacilara, issizler ve sosyal yardim alanlar da alanlar da bu ülkenin birinci sinif vatandaslaridir.

Biz , “illegal insan yoktur!” diyorum.

“Berlin bir kadin sehri olmalı “dedik.

Simdi PDS Berlin de Berlin Eyalet secim listesinin basina bes kadin adayi koyarak , bu sözünde ne kadar samimi oldugunu gösterdi.

Biz Berlin hükümetinde yer alan bir parti olarak, yeni is alanlarinin acilmesi, “anadilde egitim

tam olarak h a y a t a gecmesi”, “ meslek egtimi” gibi alanlarda, baslattigimiz projelere önemüdeki dönemde daha da a girlik verecegiz.

Diyeceksiniz ki, Kirmizi – Kirmizi Koalisyonla Berlin de ne degisti ?

Biz diyoruz ki, daha isin basindayiz, cok sey degisecek!

Biz simdilik eski yönetimin biraktigi ekonomik ve sosyal enkazla ugrasiyoruz. Amacimiz her seyden önce gelecek nesillere borclu, ekonomisi iflas eden bir sehir birakmamak.

Bugün ilcemeizde issizlik, had safhada. CDU politikaları hep Neukölln'ü bir “yabancı gettosu” olarak gördü. İlçenin sorunlarına kalici bir çözüm getirmede. PDS Neukölln'de koalisyon ortagi olarak, öncelikle burda issizlere, göçmenlere yönelik is ve egitim alanlarinin acilmesi icin mücadele ediyor.

Ancak PDS Berlin'in sorunlarini Federal Almanya nin sorunlarindan ayri oldugunu düşünmüyor.

Bunun icin güçlü bir Fraksiyonla , Bundestag 'da ülkenin bütün sorunlarına sahip cikmak istiyor.

Bugünkü Federal yönetim ne yazik ki ABD 'nin



Evrin Baba

Foto: PDS

dünyada esttirdigi savas rüzgarlarına kapilmis. Bunun icin, PDS Bush'a Berlin 'de ” dur !” dedi. Cünkü her yeni savas, yeni silah, yeni yıkimlar ve acilar demek. Federal Almanya 'nin ABD 'nin yaninda yeni maceralara girmemesi gerekir.

Bu ülkenin askeri operasyonlara harcayacak parasi yok.

Cünkü bizden is, egitim bekleyen yüzbinlerce genc, issiz var.

Bunun icin 22 Eylül'de yapılacak Federal secimler, baristan emekten, kardeslikten yana olanlarin güçlü cikmasi gerekir...

Bu secimler sadece Federal Almanya 'nin gelecegi icin degil, bu ülkede yasayan göçmenlerin gelecegi icin de hayati önem tasiyor. Bundestag 'da güçlü bir PDS Fraksiyonu, herseyden önce sizin sesiniz olacaktır.

»Vergnügungssteuer« für Wasserrutsche?!

Seit Pfingsten müssen Kinder, wenn sie die Rutschbahn im Columbiabad benutzen wollen, 50 Cent zusätzlich zum Eintrittspreis bezahlen. Sie erhalten ein Bändchen um den Arm und am Drehkreuz vor der Rutsche werden alle Wasserratten kontrolliert. Badebesucher fassen sich an den Kopf über diesen Unsinn, den sich die Verwaltung der Berliner Bäderbetriebe (BBB) einfallen ließ. Vor Jahren wurde die große Rutsche mit Steuermitteln finanziert, um den Kindern neben dem Sprungturm, eine Erlebnisstätte zu schaffen. Jetzt wird vielen Kindern dieser Spaß verdorben, weil das Geld oft kaum für den Besuch des »Culle« ausreicht. Kinderreiche Familien kehren um, weil sie das teure Eintrittsgeld nicht aufbringen können. Wer so die Kinder ausperert, kann sicher sein, dass sie sich phantasiereich und kostenlos Einlass verschaffen werden. Der Sprung in den Landwehrkanal darf auch nicht zum Ausweg werden, um die Badelust zu befriedigen. Die Krankheitsgefährdung

könnte dem Steuerzahler um ein Vielfaches teurer kommen, wie die geplante Einnahmeerhöhung im Bad.

Es wirkt wie eine Verhöhnung, wenn die Bäderverwaltung einschätzt, dass die höheren Preise einen Besucherrückgang bewirken werden, doch die Einnahmen bleiben aufgrund der Er-



Schöne neue Schwimmwelt?

höhung gleich. Statt generell die Eintrittspreise auf ein vertretbares Niveau festzulegen und damit die Offenhaltung der Bäder ermöglicht, werden Bäder geschlossen. Rentnern etwa wird eine Verteuerung von 133 Prozent zugemutet. Statt bisher zehn Badbesuchen für 15 Euro wird jetzt die günstigste Variante mit 25 Besuchen für 88 Euro angeboten. Schon gibt es neue Gerüchte über weitere Verteuerungen aus dem Haus der BBB.

Zu dem Zeitpunkt, da zwölf öffentliche Schwimmhallen geschlossen werden, bekommt man am Hermannplatz Prospekte in die Hand gedrückt, die für den Besuch eines neuen Freizeitcenters mit 25-Meter-Schwimmbahn in der subventionierten Neuen Welt wirbt. Es stellt sich die Frage, wieviel Mittel gibt der Senat für diese privaten Neuanlagen an Förder- und Investitionsmittel aus? Wo bleibt hier die Gerechtigkeit?

Werner Gutsche

Vom Wassereimer und den Arbeitsplätzen

Umsteuern auf Bundesebene ist notwendig

Stellen Sie sich bitte einen Wassereimer vor, der ein riesengroßes Loch im Boden hat aus dem sozusagen die Arbeitsplätze rauslaufen und oben steht einer, der versucht mit einem Esslöffel Wasser, sprich Arbeitsplätze nachzugießen. Jedem ist klar, dass der Eimer irgendwann leer wird, weil das, was unten an Arbeitsplätzen rausläuft, vor allem die Entlassung aus Großbetrieben, nicht durch die Schaffung einiger weniger Arbeitsplätze auf Dauer ersetzt werden kann.

Die Deutsche Bank, die Berliner Landesbank, Siemens, Daimler Chrysler und viele andere Großunternehmen bauen Arbeitsplätze über Arbeitsplätze ab und Wirtschaftswissenschaftler sagen heute, dass selbst ein Anziehen der Konjunktur kaum neue Arbeitsplätze schafft.

Warum ist das so?

Als sich die Bundesrepublik Deutschland bis Mitte/Ende der 70er-Jahre im Aufbau befand und mit Investitionen noch neue Arbeitsplätze geschaffen wurden, war die steuerliche Anerkennung solcher Investitionen gerechtfertigt. Heute gilt aber vereinfacht gesagt: Ein Unternehmen mit 100 Beschäftigten investiert 5 Millionen Euro in neue Technik und schafft in Zukunft mit 50 Leuten das gleiche Produktionsergebnis wie zuvor. Der Staat erhält für diese 5 Millionen Euro Investitionssumme

keine Steuern, muss aber für 50 Leute Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe bezahlen und erhält gleichzeitig von diesen 50 Leuten weder Steuern, noch Sozialausgaben. Jeder kann sich ausrechnen, dass dies auf Dauer nicht gut gehen kann.

Wir brauchen also ein neues Steuersystem, das dazu führt, dass es sich nicht lohnt Arbeitsplätze abzubauen, um den Gewinn der Unternehmen zu erhöhen und dafür zusätzlich vom Staat subventioniert zu werden. Wir brauchen ein anderes System der Sozialabgaben von Seiten der Arbeitgeber, das nicht den begünstigt, der mit weniger Arbeitskräften mehr Gewinn macht und dafür weniger Abgaben an den Staat zahlt.

Wir brauchen eine sinnvolle Verteilung der vorhandenen Arbeit auf immer mehr Menschen in diesem Land, um so wenig wie möglich Arbeitnehmer vom Prozess der ökonomischen Entwicklung abzukoppeln. Die PDS hat dazu eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, wie etwa Änderungen am Steuersystem oder die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe für die Unternehmen, die darauf abzielt die Sozialabgaben der Unternehmen nicht von der Zahl der Mitarbeiter, sondern vom ökonomischen Erfolg abhängig zu machen.

Wollen wir also verhindern, dass das Loch im

Boden des Wassereimers immer größer und der Löffel zum Ausgleich immer kleiner wird, muss die Politik endlich bereit sein neue Wege zu gehen.

Dabei kommt es vor allem darauf an, den kleinen und mittleren Unternehmen solche Bedingungen zu schaffen, dass sie nicht bestraft werden, wenn sie Arbeitnehmer einstellen. Wir, die PDS Neukölln, sind gerne bereit Ihnen liebe Leserinnen und Leser auf Anfrage diese Vorschläge vorzustellen und zu diskutieren – vielleicht ja schon bei der Eröffnung der neuen Geschäftsstelle am 8. Juni?

Heinz Schugowski

Wir gratulieren recht herzlich zum Geburtstag!

Marie Müller
Eric Bourguignon
Ulf Pape
Lene Sörensen
Elke Widera-Schwalbe

Große Einweihungsfeier

unserer neuen Geschäftsstelle am 8. Juni ab 14 Uhr mit vielen interessanten Gästen des Senates und des Bezirkes

Talkrunden

- zur bezirklichen Kulturpolitik
- zu rot-rotem Senat und rot-rot-grüner Verantwortung im Bezirk

Kulturelle Darbietungen

- Neuköllner Oper
- Kabarett Cartoon
- kurdische Musikgruppe

Essen & Trinken

Alle sind herzlich eingeladen!

TERMINE

Termine der PDS Neukölln

Kommunalpolitischer Abend

Thema: Schule/Bildung, Richardplatz 16, 26.06.02, 19.00 Uhr

Gesamtmitgliederversammlung Berlin-West

Thema: Wahl der Bundesparteitags-Delegierten, Zabel-Krüger-Damm 227, 23.06.02, 14.00 Uhr

Sitzungen des Bezirksvorstandes

Richardplatz 16, 07.06./21.06./05.07.02, 16.00 Uhr

Fraktionssitzungen

Rathaus, Zimmer 307, 24.06./01.07.02, 19.00 Uhr

BV

Rathaus, BVV-Saal, 03.07.02, 17.00 Uhr

IMPRESSUM

„Neu-köllnisch“ erscheint monatlich.

Herausgeber: PDS Neukölln, Geschäftsstelle Richardplatz 16, 12055 Berlin, Tel./Fax: 613 59 19

Auflage dieser Ausgabe: 2000

Vi.S.d.P.: Dr. Sylvia Stelz

Redaktionsschluss: 31. 5. 2002

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen!

Info-Stände im Juni

Treffpunkt jeweils 10.00 Uhr Richardplatz

15.06.02 Hermannplatz

22.06.02 Wutzkyallee

29.06.02 Hermannplatz

AG Wahlen

Richardplatz 16, 20.06.02, 17.00 Uhr

AG Kommunalpolitik

Rathaus, Zimmer 307, 10.6.02, 18.00 Uhr

Termine im Bezirk Neukölln

8/9.06 4. Neuköllner Wirtschaftstage in den Gropius Passagen

15.06. Event-Großveranstaltung aller Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen

22.06. Sonnenwendefest mit Feuerwerk im Britzer Garten

28. - 30.06. 48 Stunden Neukölln

28. - 30.06. Kiez International und Bewegte Welten auf dem Richardplatz

29.06. 6. Hertzbergstraßenfest

29/30.06. Alt-Buckow Dorfteich- und Dorfanerfest

30.06. Sommerfest auf dem Liselotte-Berger-Platz